

KITA mitten in der Feinstaubzone Nummer eins!

Auf dem Neujahrsempfang 2018 von Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS): „Fahrverbote selber machen – Menschen schützen!“ hat Doris Hensinger von der Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart auf die Gefahren für die Kinder der Kita am Neckartor aufmerksam gemacht.

„Diese Kinder sind jeden Tag hohen Feinstaub- und Stickoxidbelastungen ausgesetzt. Dazu kommt: Direkt auf der Kindertagesstätte sind 20 Mobilfunksendeanlagen installiert. Ihre Strahlungsstärke ist skandalös hoch! Die Kinder sind also einer doppelten gesundheitlichen Belastung ausgesetzt!

Vielen ist nicht bekannt: Autoabgase und Mobilfunkstrahlung wurden beide gleichermaßen von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als möglicherweise Krebs erregend eingestuft. Es gibt zu diesem Kindergarten ein vier Jahre altes Gutachten des TÜV über die Elektromog-Belastung durch diese Sendeanlagen. Die Stadt Stuttgart kennt dieses Gutachten, aber sie hält seinen Inhalt mit Ausreden geheim. Über Umwege hat unsere Bürgerinitiative die Höhe der Strahlenbelastung herausbekommen. Auf dem Spielplatz sind die Kinder z.B. einer Strahlenbelastung von mehr als 50 000 Mikrowatt/m² ausgesetzt. Was bedeutet das?

Der BUND fordert, dass bei Dauerbelastung 1 Mikrowatt/m² nicht überschritten werden darf – und das gilt besonders für Kinder und Schwangere. Studien sagen eindeutig: im Umkreis von 400 Metern um eine Sendeanlage sind die Menschen besonders gefährdet. Die Kinder spielen im Abstand von 15 Metern um die Antennen!

Wir haben im September 2017 wegen der untragbaren Lage der Kinder und Erzieher in der Kita an OB Kuhn geschrieben. Erst auf erneute Anfrage der Gemeinderatsfraktionen von GRÜNEN und SÖS-Linke-Plus an die Stadt, ob die von der Bürgerinitiative genannten hohen Strahlungswerte zutreffen und wenn ja, was sie für die Kita zu tun gedenke, bestätigte OB Kuhn: die Kinder werden bis zu 100 000 Mikrowatt/m² bestrahlt, aber das mache nichts, denn dies sei ja üblich und unter den Grenzwerten. Die Grenzwerte gelten nur für Kurzzeitbelastung und ausdrücklich nicht für Kinder und nicht für eine Dauerstrahlungs-Belastung! Eine solche Belastung wäre in andern Ländern und Städten verboten. Hier aber ist das für die Stadtverwaltung und das Gesundheitsamt kein Anlass zum Handeln!

Wir haben vorgeschlagen, dass die Feinstaub-, Stickoxid- und Elektromogbelastung der Kinder gemessen und ihre gesundheitliche Entwicklung durch das Gesundheitsamt untersucht wird. Die schriftliche Antwort des Gesundheitsamtes: wir sind nicht zuständig. ...

Bei der Kita am Neckartor ist offensichtlich: Hier ist Gefahr im Verzug! Hier muss gehandelt werden.

Die Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart fordert:

- Schluss mit der Geheimhaltung und Offenlegung des Gutachtens zur Elektromogbelastung des Kindergartens Heilmannstraße!!
- Ein unabhängiges Gutachten muss die doppelte Belastung der Kinder messen. Die Ergebnisse müssen von unabhängigen Medizinern bewertet werden!
- Die Kindertagesstätte muss schnellstens aus dieser verseuchten Zone verlegt werden!“

Die Initiative Reiche Stadt-Arme Kinder ruft auf zur Unterstützung dieser Forderungen.

Dach der Schwabengarage am Neckartor. Blick auf den Dachgarten der Kindertagesstätte mit Spielgeräten



Hartz IV schafft Armut, Armut schafft Tafelläden

In den letzten Wochen wurde über Armut und Hartz IV breit in den Medien berichtet. Anlass war nicht eine Studie, die erneut das Anwachsen von Armut weltweit/bundesweit/stadtbezogen feststellte. Auch nicht eine Veröffentlichung durch Armutsforscher und Sozialverbände. Anlass war die Entscheidung der Essener Tafel, vorübergehend Kunden ohne deutschen Pass auszuschließen.

Die Diskussionen reichten von Empörungen über Ausgrenzung von Ausländern bis zur Überlastung der Tafelläden durch steigende Nachfrage und weiter zur Feststellung von Armut trotz Hartz IV. Schließlich heizte Jens Spahn, neuer Gesundheitsminister und Vertreter des neoliberalen CDU-Flügels die Diskussion weiter an, indem er in einem Interview „eines der besten Sozialsysteme der Welt“ verteidigte. "Niemand müsste in Deutschland hungern, wenn es die Tafeln nicht gäbe", mit Hartz IV habe "jeder das, was er zum Leben braucht". (zeit online 10.3.18). Dafür erhielt er Applaus von Vertretern der FDP, CSU und AFD.

Für viele seiner Parteikolleg*innen wie auch für Vertreter*innen von SPD und Grünen wurde Spahn zur idealen Zielscheibe für moralisches Ablenkungsmanöver, wie zuvor der Leiter der Essener Tafel. Sie kritisierten die „Überheblichkeit“, sorgten sich um steigende Armut und die Vertreter*innen der GroKo versprachen Maßnahmen dagegen. Langzeitarbeitslosen müsse eine Perspektive geboten werden. Das bedeutet neue kostspielige Programme an öffentlich geförderter Beschäftigung. Seit Jahren ist bekannt, dass ein zweiter und dritter Arbeitsmarkt letztendlich nicht aus der Armutsfalle herausführt.

Nicht das System Hartz IV wurde kritisiert, nicht die Sanktionen, die Leistungsbezieher*innen in Niedriglöhne zwingen. Es gab keine Diskussion über die erbärmlich unzureichenden Regelbedarfe. Obwohl Sozialverbände und Initiativen seit nunmehr 13 Jahren eine Erhöhung der Grundsicherung fordern. Lediglich von Linkenpolitiker*innen wurde das Thema angesprochen: *Hartz IV mutet Eltern zu, ihre Kinder für 2,70 Euro am Tag zu ernähren.*

Die Statements der Politiker zeigen, dass sie am Hartz IV System festhalten und deshalb die Tafelläden brauchen. OB Kuhn hat letztes Jahr in der Vesperkirche diese politische Auffassung deutlich beschrieben. Was Stuttgart stark mache, sei das Netz unterhalb der Transferleistungen. Da wäre Stuttgart eine starke Stadt und da gehören die Vesperkirche und die Tafelläden dazu. Allerdings sei die Frage, wie hoch der Hartz IV-Satz sei, eine andere Diskussion. Wir meinen, das ist genau der richtige Zusammenhang. Letztlich werden Tafelläden moralisch aufgewertet, auch wenn sie inzwischen ein Geschäftsmodell geworden sind.

Wir schließen uns der Erklärung vieler Sozialverbände, Vereine und Unterstützerguppen an:

Arme Menschen nicht gegeneinander ausspielen. Sozialleistungen endlich erhöhen. (ccs)

http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/9ef8993719d83ff7c1258248002ebedd/FILE/Erklaerung_140318.pdf

Einem Menschen geben was er braucht, ein Stück Brot, ein Lächeln, ein offenes Ohr – JETZT – nicht irgendwann (Homepage bad.-württ. Tafeln)

„Was wir sehr kritisch sehen ist, dass die Gesellschaft sich immer mehr auf solche Organisationen verlässt. Eigentlich ist es die Aufgabe von Politik und Gesellschaft, sich um solche Aufgaben zu kümmern“. (Jochen Brühl, Bundesverband der Tafeln, anlässlich der Kritik an der Entscheidung der Essener Tafel)

Positives

Stadt ändert Nutzungsgebühren – Erfolg für Unterstützer*innen Geflüchteter

Wir haben in INFO 34 über die horrenden „Nutzungsgebühren“ für Geflüchtete in städtischen Unterkünften ab 1.9.2017 berichtet. Nun wird die Satzung nach einem halben Jahr zum 1.4.2018 geändert. Eine deutliche Verbesserung gibt es für Familien, die durch ein Arbeitseinkommen ohne Hartz IV leben könnten. Beispiele: Eine Familie mit mindestens zwei Kindern, die wegen Wohnungsmangel noch in der Unterkunft leben muss, bezahlt nun an „Warmmiete“ (Nutzungsgebühr) 700 € für mind. 28 qm. Bisher wurden 1419,60 € in Rechnung gestellt. Alleinerziehende mit zwei und mehr Kindern zahlen jetzt 450 €, anstelle von 1064,70 €. Neu ist auch eine Kinderkomponente. Statt 354,90 € werden nun Kindern von sog. „Selbstzahlern“ bis 25 Jahre mit 100 € angerechnet.

Mit Beharrlichkeit und guten Argumenten ist es Engagierten in Flüchtlingsfreundeskreisen zusammen mit dem Asylpfarramt und den Anstiftern gelungen, eine Satzungsänderung zugunsten von Familien zu erreichen. Was bleibt, ist mehr als ein Wermutstropfen. Die Grundberechnung liegt immer noch bei 31,37 € pro qm „Kaltmiete“ in der Sammelunterkunft und der Kostendeckungsgrad von 89 % ist selten hoch. (ccs)